



ZUKUNFT

NEUES NEUMARKT

**Heimat schaffen für unsere Jugend!
Heimat bewahren für unsere Senioren!
Heimat gestalten für uns alle!**

**Neumarkt bewegen!
Für eine lebenswerte Zukunft!
Für ein respektvolles Miteinander!**

INFORMATION ZUKUNFT NEUES NEUMARKT

Zukunft Neues Neumarkt ist eine völlig unabhängige Bürgerliste, die - unbeeinflusst von den herrschenden Politeinflüssen - für die gesamte Bevölkerung der Fusionsgemeinde Neumarkt da ist und in deren Interesse handeln wird!

Unsere erste Bürgerinformation über Gemeindethemen hatte schon sehr viele positive Reaktionen zur Folge. Dafür bedanken wir uns recht herzlich! Das ist für uns eine große Bestätigung und wir verstehen das als Auftrag zum Wohle der Menschen in allen Ortsteilen unserer Gemeinde aktiv zu sein! Jede Bürgerin und jeder Bürger ist uns wichtig!

Während unsere politischen Mitbewerber zur Finanzierung ihrer Wahlkämpfe in der Steiermark jährlich viele Millionen Euro öffentliche Gelder erhalten (Parteienförderungen über 20 Millionen Euro pro Jahr) erhält unsere unabhängige Bürgerbewegung keinen einzigen Euro Steuergeld! Unsere Bewegung wird zur Gänze von privaten Idealisten getragen und finanziert!

Von uns werden verschiedene Themen zum politischen Geschehen im Land und in unserer Gemeinde aufgezeigt. Unsere Informationen sind sorgfältig recherchiert und dargestellt. Die Grundlagen dafür stammen überwiegend aus den Datenbanken der Statistik Austria oder aus anderen zuverlässigen Datenzugängen. Vergleichsbeträge oder Kostensummen in unseren Berichten können aufgrund nicht bekannter weiterer Nebenkosten von den tatsächlichen Summen nach oben oder unten abweichen.

Unsere Bürgerinformationen zeigen Sachverhalte und Vorgänge in der neuen Gemeinde auf, welche in den Altgemeinden unvorstellbar waren! Selbstverständlich werden wir bis zur Gemeinderatswahl unsere Visionen und unser Programm für eine bessere Gemeindepolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger noch ausführlich darlegen!

In unserer nächsten Aussendung werden wir die vollständige Biografie unserer Spitzenkandidatin präsentieren. Damit erfüllen wir auch eine ÖVP Forderung aus früheren Wahlgängen. (siehe Ausschnitt aus einer Originalwahlaussendung)

In 1. Linie sind die Spitzenkandidaten "auf Herz und Nieren zu prüfen", ob sie Eignungen mitbringen, die für ein kommunalpolitisches Amt Voraussetzung sein sollen, wie z.B.:

... Beziehung zu alten Menschen	... Umweltbewußtsein
... Bürgernähe	... Ehrlichkeit und Fleiß
... Menschlichkeit	... Zeit haben
... wirtschaftliches Denken	... für alle da sein
... soziales Handeln	u.dgl.m.
... Sachlichkeit und Fairneß	

Wir erwarten uns daher im Sinne von Transparenz und Aufklärung, dass auch die politischen Mitbewerber die vollständigen Biografien ihrer Spitzenkandidatinnen/-kandidaten veröffentlichen werden.

Informieren Sie sich auch auf unserer Facebookseite "[Bürgerliste Neumarkt](#)"!

Da kurz nach der Veröffentlichung der Listengründung Zukunft Neues Neumarkt in der Kleinen Zeitung ein Fakeprofil mit eben dieser Listenbezeichnung - „Zukunft Neues Neumarkt“ - erstellt wurde, war es notwendig, einen alternativen Namen für die Facebookseite zu verwenden. Auf dieser Fakeseite sind keine Inhalte unserer unabhängigen Bürgerbewegung zu finden.

Neumarkt und seine besonderen Wege

Wem ist es noch nicht aufgefallen, dass unsere Wanderwege immer mehr verwildern? Im Frühjahr freut man sich noch über die blühende und gedeihende Natur, wenn man seinen Weg in unserer wunderbaren Landschaft sucht. Im Sommer kommt man streckenweise nicht mehr durch das Gestrüpp und muss sich einer Brennesselkur unterziehen, wenn man z.B. durch die Graggerschlucht wandert. Zumindest ist kühlendes Wasser in der Nähe, wenn die Haut zu sehr brennt. Tourismusfördernd ist das allerdings nicht. Und auch die Beschilderung gleicht oft einer Schnitzeljagd. Völlig verwirrende oder gar keine Wegweiser sind leider Tatsache. Vor der Gemeindefusion gab es etliche Freiwillige, die „ihren Weg“ gepflegt haben. Dieses Potential hat man in den letzten fünf Jahren vollkommen ignoriert. Wenn man von Seiten der Gemeindevertretung glaubt, dass diese freiwilligen Bürgerinnen und Bürger einem die Türe einrennen und um die Arbeit betteln werden, so hat man Grundsätzliches im Leben nie gelernt. Ein „Bitte“ und „Danke“ gehören auch heute noch zum guten Ton. Man hat es offensichtlich nicht nötig und so lässt man lieber alles verkommen, als dass man initiativ wird. Denn leisten kann sich die Gemeinde die Wegepflege nicht mehr oder nur mehr einmal im Jahr. Dann schauen die Wege aber aus, als wäre man mit dem Panzer durchs Gebüsch gerauscht.



Sanierungen dringend nötig!

Apropos besondere Wege. Ein weiteres Spezifikum unserer neuen Großgemeinde sind die an Rallyepisten erinnernden öffentlichen Straßen. Saniert werden offensichtlich nur mehr ausgesuchte Straßen, wie z.B. die Autobahn ins Dürnberger Moor. Siedlungsstraßen hingegen werden auf ganz besondere Weise „repariert“. Nämlich mit einer 10 km/h-Beschränkung, damit länger Zeit bleibt, um die Schlaglöcher zu genießen. Aber nicht nur Siedlungsstraßen in den Ortsteilen, sondern auch Verbindungsstraßen von einem Ortsteil zum anderen verwandeln sich zunehmend wieder in Schotterstraßen zurück, wie jene von Greith nach See. Die ursprünglich asphaltierten Teile der Straße werden schon seit geraumer Zeit mit Schotter saniert.



Unübersehbar besteht sehr großer Handlungsbedarf.



So wie oben und links abgebildet soll es nicht sein. Es ist unverständlich, dass bei so einem Straßenzustand nur mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung "saniert" wurde. Alle Straßen müssten so wie unten abgebildet aussehen!



Ressourcenpark: Ein bereits vorhandenes Projekt als neue Idee verkauft!

Vor wenigen Monaten wurde bekanntlich das Altstoffsammelzentrum im Gewerbepark Bahnhof eröffnet. Dieses Vorhaben ist die Übernahme eines fertigen Gemeindeprojektes der Altgemeinde Neumarkt, nachweislich keine Erfindung der Schwarz-Rot-Grün-Politkoalition! Tatsache ist, es gab dafür einen Gemeinderatsbeschluss der Altgemeinde Neumarkt, ein fertiges Projekt inkl. einer Kostenschätzung! Ebenso war dafür bereits eine Baufläche in der Bahnhofstraße zwischen der Firma Maier und der Firma Hackschnitzler im Bereich der dort stehenden Sammelbehälter für Papier

und Glas reserviert.

Mittlerweile ist es ein bekanntes Muster der Truppe, vor 2015 vorgesehene und bearbeitete Projekte der Altgemeinde Neumarkt aus parteipolitischen Motiven oder eigener Ideenlosigkeit abzdrehen oder zu ändern. So erging es auch dem fertigen Projekt Altstoffsammelzentrum Neumarkt. Die Idee und Grundlage wurde übernommen (Unterlagen dazu finden sich im Gemeindearchiv). So musste nur mehr der Standort verändert und ein neuer Name gefunden werden!

Also wurde der Bauplatz in den Gewerbepark Bahnhof verlegt, eine neue Planung

ausgeschrieben und schon war das Projekt Ressourcenpark fertig!

Natürlich begleitet von den schon gewohnten Ausreden der Politruppe, warum es so sein muss und der jetzige Platz ein so toller Standort dafür sei!

Dazu die Fakten: Dass es den Gewerbepark Bahnhof überhaupt gibt, ist ausschließlich auf jene Gemeindepolitiker der Altgemeinde Neumarkt zurückzuführen, welche von ÖVP Maier permanent schlecht gemacht werden! Über Initiative und Arbeit der letzten Bürgermeister der Altgemeinde Neumarkt wurden Grundstücke und Bauflächen von nahezu 100.000 m² in den letzten Jahren vor der Zwangsfusion angekauft! Nur dadurch war es überhaupt möglich, den Ressourcenpark auf diesem Grundstück zu errichten. Unter ÖVP Maier wurde noch kein Quadratmeter Gemeindebauland geschaffen!

Obwohl wesentlich geeignetere Bauflächen von zigtausend Quadratmetern vorhan-



Ein beeindruckender Vergleich der Situation davor und danach.

Die Errichtung der Altstoffsammelhalle an dieser Stelle hätte nicht sein müssen. Eine Alternative, die keine Beeinträchtigungen für Anrainer gebracht hätte, war vorhanden.



den gewesen wären, hat diese Koalition die riesige Altstoffsammelstellenhalle in der Rainbergsiedlung direkt vor die Einfamilienwohnhäuser geknallt! Auf der anderen Seite werden private Bauwerber aber von der Gemeinde oftmals bis aufs Blut schikaniert, wenn es um deren Bauvorhaben geht. Die Vorbildfunktion der Gemeinde war nicht vorhanden und auch der Ortsbildschutz wurde außer Acht gelassen.

Angeblich hätte Maier mit allen Hauseigentümern in der Rainberg-Siedlung persönlich gesprochen und von ihnen das Einverständnis erhalten. Das entspricht nicht den Tatsachen, wie uns aus erster Hand berichtet wurde. Neumarkt hätte auch ohne

diese Gemeindeführung schon lange ein Altstoffsammelzentrum.

Wir kritisieren daher nicht das Projekt selbst, sondern nur die Auswahl des Standortes direkt vor dieser Wohnsiedlung!

Überdies hat die Altgemeinde Neumarkt ursprünglich auch Nachbargemeinden eine Beteiligung und Mitnutzung am geplanten Projekt angeboten. Die Gemeinde Mariahof, jene

Gemeinde, in der ein gewisser Josef Maier im Gemeinderat saß, hat dies abgelehnt!

Daher: Das Altstoffsammelzentrum gäbe es in der Bahnhofstraße oder im Gewerbepark schon lange, nur nicht an dieser Stelle, die aus unserer Sicht einen Schaden für die unmittelbaren Anrainer und das gesamte Siedlungsbild darstellt.



Abbildung oben: Dieses bereits gewerblich genutzte Areal war für die Errichtung des Altstoffsammelzentrums in der Bahnhofstraße reserviert. Keine Sichtbehinderung für Bewohner einer Siedlung.

Abbildung links: Planentwurf für Altstoffsammelzentrum Bahnhofstraße der Altgemeinde Neumarkt aus dem Jahr 2014. Die Zu- und Ausfahrt liegt direkt an der Bahnhofstraße. Der Strauchschnitt hätte weiterhin direkt in der Kompostierungsanlage abgegeben werden können, damit wäre auch keine Geruchsbelästigung entstanden.

„Die gestohlenen

Man kann es als Skandal bezeichnen, wie das gemeinsame Projekt Musikschule von ÖVP Maier trotz vorheriger Zustimmung der Gemeinde Mariahof abgedreht und den Kindern weggenommen wurde! Wir bringen dazu die Fakten!

Dass die Musikschule Murau im jetzigen Gemeindegebäude am Hauptplatz 4 schon seit 2007 provisorisch eingesiedelt war, wird noch vielen Bürgerinnen und Bürgern bekannt sein. Aufgrund einer unhaltbaren Situation in den bisherigen Räumlichkeiten wurde damals die Standortverlegung in Abstimmung mit der Musikschulleitung zum Wohle der Kinder und Lehrer getroffen!

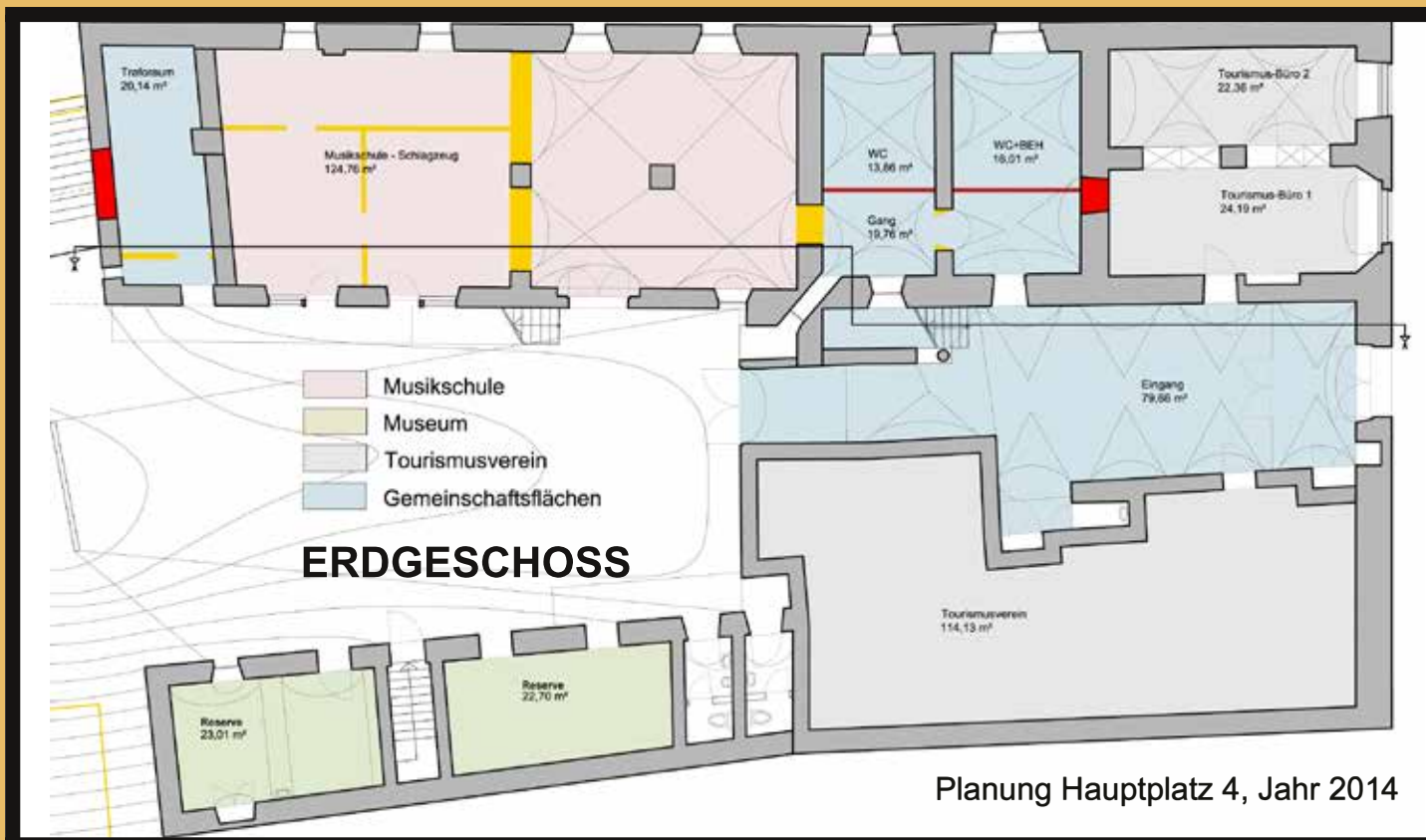
Es wurde gemeinsam mit den Nachbargemeinden eine Generalsanierung des ehemaligen Gemeindeamtes der Altgemeinde Neumarkt beschlossen. Zur Kostenaufbringung vereinbarten die am Musikschulprojekt beteiligten

Gemeinden einen genauen Aufteilungsschlüssel. Zum Beispiel betrug der anteilige Kostenschlüssel für die Gemeinde Mariahof 19,89 Prozent. Als Folge dieser gemeinsamen Gemeindebeschlüsse wurden die Rohplanungen und Kostenschätzungen für Gebäudesanierung und Umbau in Auftrag gegeben. Aufgrund der Zustimmung in den Gemeinderäten zum neuen Standort am Hauptplatz war nur mehr der genaue Beginn für die Detailplanungen und Ausschreibungen der Sanierung offen. Dies wurde aufgrund des zum gleichen Zeitpunkt laufenden Großprojektes der Generalsanierung

des Schulzentrums von der Altgemeinde Neumarkt bewusst so eingeplant. Jeder ordentliche Kaufmann schließt ein Projekt mit der Endabrechnung ab, danach können neue Vorhaben begonnen bzw. fortgesetzt werden.

Das Vorhaben Musikzentrum war dem Land an höchster Stelle bekannt und Neumarkt hätte wie jede Gemeinde dazu selbstverständlich Bedarfszuweisungen erhalten!

Herr Landeshauptmann Mag. Franz Voves hat das Projekt voll unterstützt und persönlich der Gemeinde Zeutschach den vollen Sanierungskostenbeitrag für die Musikschule am Hauptplatz 4 in Form von Bedarfszuweisungen anläss-



Planung Hauptplatz 4, Jahr 2014

e Musikschule"

lich eines Besuches in Zeutschach zugesagt! Schon lange könnten daher unsere Kinder in einem schönen Objekt am Hauptplatz ihre Musikausbildung genießen!

Die Schwarz/Rot/Grün-Koalition hat den Ausbau der Musikschule für unsere Kinder am Hauptplatz eiskalt

abgedreht und die Abänderung auf ein neues Gemeindegemeindeamt - mit nahezu doppelten Baukosten - beschlossen und ausgeführt! „Protz“ für sich, nichts für unsere Kinder, das ist für uns völlig unverständlich!

Jetzt ist die Musikschule an drei Standorten, davon man-

che in Kellerlokalen, untergebracht! Nachdem die Stadtgemeinde Murau der Träger der Musikschule ist und alle handelnden Personen wohl brave ÖVP-Parteisoldaten sind, ging das alles in absoluter Stille ohne Protest über die Bühne!

Der Ausbauplan des Hauses am Hauptplatz 4 (jetziges Gemeindeamt) sah folgende Maßnahmen vor:

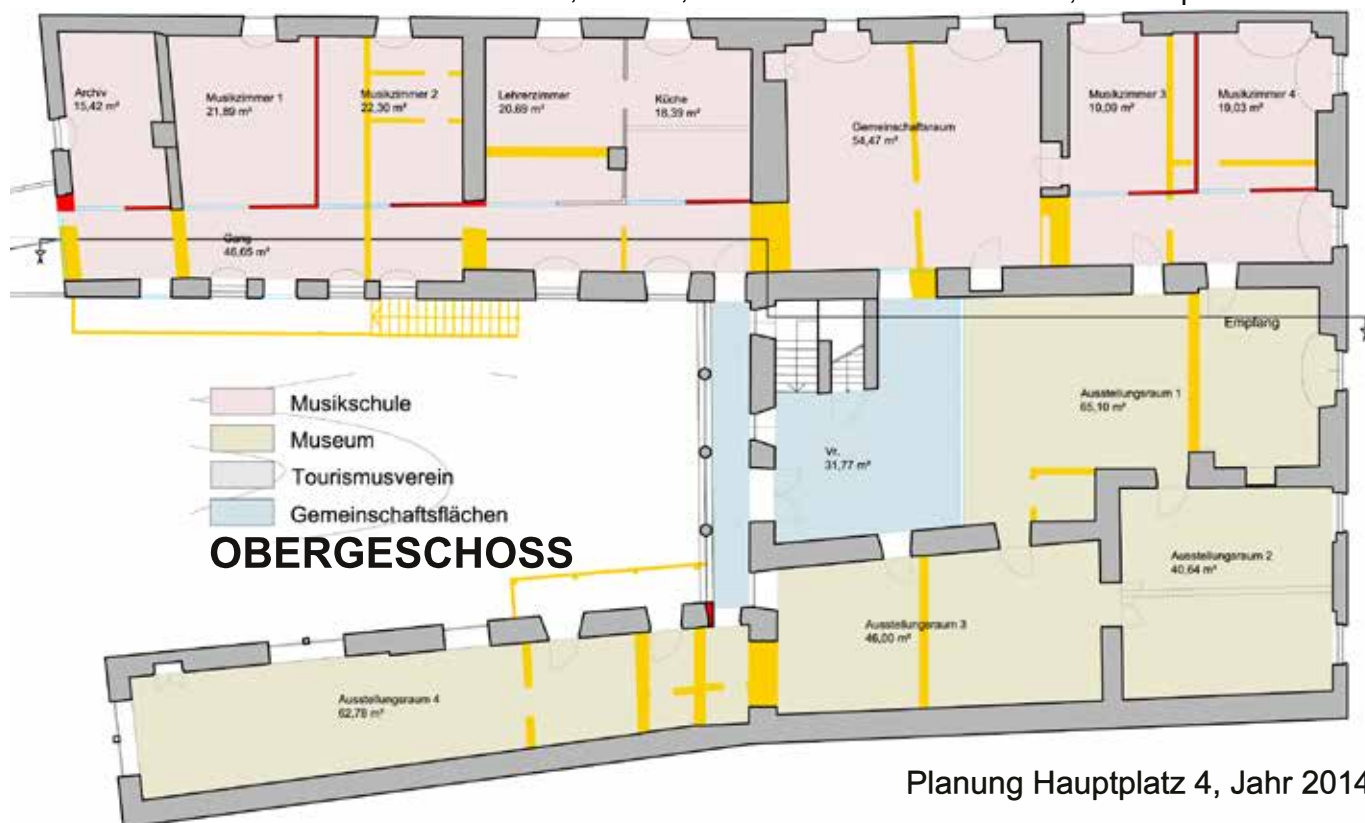
Für die Musikschule war eine Fläche von über 360m² vorgesehen. Sie sollte fünf Unterrichtsräume, einen Gemeinschaftsraum, eine Gemeinschaftsküche und ein Lehrerzimmer beinhalten. Das waren die Anforderungen des damaligen Musikschulleiters.

Zudem wurde vereinbart, einen großen Raum in der alten Volksschule für Klassenkonzerte zu nutzen. Die Räumlichkeiten wären alle barrierefrei gebaut worden. Zusätzlich zum Tourismus- und Naturparkbüro waren Räumlichkeiten für das Museum "Novum Forum" vorgesehen. Die Gesamtkostenermittlung für das Sanierungsvorhaben wies damals Nettobaukosten von rund 2,2 bis 2,3 Millionen Eu-

ro aus, davon ca. 1 Million für die Musikschule.

Ein multifunktionales Zentrum, das gleich mehrere öffentliche Aufgabenbereiche abgedeckt und den Ortskern belebt hätte.

Leider fiel dieses sinnvolle Projekt dem politischen Machtrausch, welcher sich seit der Zwangsfusion durch alle Ebenen im Gemeindeleben zieht, zum Opfer!



Gemeindevergleich

Fusionsgemeinden ALT - Großgemeinde NEU

Im Jahr 2013 wurden im Auftrag der damaligen Fusionsgemeinden durch den steirischen Gemeindebund die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der vorgesehenen Gemeindefusion der 7 Gemeinden errechnet.

Die politische Vertretung der sieben Altgemeinden kostete damals zusammen jährlich 348.815 Euro. Die Kosten der politischen Vertretung wurden zusammengefasst und einer Prognose für die geplante Fusionsgemeinde gegenübergestellt. Der Gemeindebund errechnete eine jährliche Ersparnis durch die Fusion von 195.193 Euro für die politische Vertretung. Heute kostet die politische Vertretung für die Fusionsgemeinde nahezu gleich viel, nämlich ca. 340.000 Euro. Die prognostizierte Ersparnis von annähernd 200.000 Euro jährlich, also rund eine Million Euro in der letzten Gemeinderatsperiode, gab es nicht (siehe Ausschnitt aus dem Originaldatenblatt unten).

In der allgemeinen Verwaltung hatten die 7 Gemeinden zusammen Personalkosten (inklusive Lohnnebenkosten) in Höhe von 829.259 Euro jährlich. Der Gemeindebund prognostizierte für die Fusionsgemeinde Personalkosten von 630.223 Euro und somit eine jährliche Ersparnis von 199.036 Euro (siehe Ausschnitt aus dem Originaldatenblatt unten).

Die Personalkosten in der allgemeinen Verwaltung (inklusive Lohnnebenkosten) betragen heute ca. 1 Million Euro jährlich! Also tatsächlich keine Ersparnis, sondern Mehrkosten von ca. 170.000 Euro jährlich. Die jährliche Ersparnis von 199.036 Euro gab es ebenfalls nicht! Auf fünf Jahre gerechnet ergibt das ca. 1 Million Euro, die die neue Gemeindeführung nicht eingespart hat, obwohl vor der Wahl 2015 genau mit diesen Zahlen für die Fusion geworben und den Bürgerinnen und Bürgern das Blaue vom Himmel versprochen wurde.

Mehrkosten in Höhe von 850.000 Euro sind entstanden.

POLITISCHE VERTRETUNG

Kostenart	Dürnstein in der Steiermark	Kulm am Zirbitz	Mariahof	Neumarkt in Steiermark	Perchau am Sattel	St. Marein bei Neumarkt	Zeutschach	Summe
Versicherungen	1.335	1.299	1.916	1.892	1.381	2.034	1.381	11.237
Bezug Bürgermeister	21.173	21.221	30.177	30.653	21.221	30.653	21.221	176.320
Bezug Vizebürgermeister	5.801	6.366	9.197	9.197	6.366	9.197	6.366	52.488
Bezug Kassier*)	6.366	6.366	9.197	8.813	6.366	9.197	6.366	52.670
Reisekosten	124	800	303	1.015	325	-	136	2.703
Sitzungsgelder	763	801	419	12.995	-	-	-	14.978
Transferzahlungen	2.577	2.345	3.079	3.387	2.345	3.387	2.345	19.465
Sonstiges	981	998	5.862	5.552	1.088	3.092	1.380	18.954
SUMME	39.121	40.195	60.149	73.504	39.092	57.559	39.194	348.815

Vergleich

Politische Vertretung bei Gemeinden zwischen 5.001 und 6.000 EW in der Steiermark

Durchschnitt je EW

Marifusionsgemeinden

€ 29,39

Grundlage ist eigene Statistik aus Daten GemBon

Somit bei EW

5227

19. Feb. 2013

153.622

ERSPARNIS

unter der Voraussetzung, dass:

1.) keine Ortsteilbürgermeister bestellt werden, oder diese keine Bezüge erhalten

2.) keine Vergrößerung des GR über 25 GR erfolgt

Eingelangt

195.193

ALLGEMEINE VERWALTUNG

Kostenart	Dürnstein in der Steiermark	Kulm am Zirbitz	Mariahof	Neumarkt in Steiermark	Perchau am Sattel	St. Marein bei Neumarkt	Zeutschach	Summe	Vergleich	Differenz
Anlagenkauf	-	500	7.825	55.263	-	3.714	-	67.302	6.436	
Gebr. u. Verbr. Güter	7.865	1.721	8.061	14.805	2.266	4.122	1.409	40.250	39.076	
Personal	88.436	45.487	143.740	343.323	45.552	117.665	45.057	829.259	630.223	
Betriebsaufwand	20.505	7.844	15.105	27.562	5.877	14.857	5.300	97.049	44.955	
Büro und Verwaltung	10.839	11.420	21.935	45.320	8.960	35.716	9.475	143.664	243.267	
Einnahmen ohne interne LV	6.061	1.155	3.766	83.183	3.900	4.773	4.955	107.793	34.758	
SUMME	121.583	65.816	192.899	403.090	58.755	171.301	56.287	1.069.731	929.239	-140.492

Aufstellung der tatsächlichen Kosten und des prognostizierten Einsparungspotentials in gerundeten Beträgen zur Verdeutlichung dieser unglaublichen Kostenentwicklung in unserer Großgemeinde:

	7 Altgemeinden	Fusionsgemeinde		
Politische Vertretung	€ 350.000	€ 340.000	Ersparnis	€ 10.000
Einsparungspotential laut Prognose		€ 195.000	Nicht erwirtschaftetes Sparpotential	€ 195.000
Personalkosten	€ 830.000	€ 1.000.000	Mehrkosten	€ 170.000
Einsparungspotential laut Prognose		€ 200.000	Nicht erwirtschaftetes Sparpotential	€ 200.000

Zusammengefasst heißt das: Keine Einsparungen! Höhere Kosten!

Von der damaligen Landesregierung wurden den Fusionsgemeinden großzügige Fusionsprämien zugesagt. Für Neumarkt betragen diese Prämien ca. 970.000 Euro, die innerhalb von vier Jahren zur Auszahlung gelangen sollten. Ab dem 5. Jahr stellte der Gemeindebund jährliche Mindereinnahmen aufgrund der weggefallenen Sockelbeträge für Kleingemeinden von 57.128 Euro nach § 21 Abs 6 FAG fest. Die Fusionsprämien sollten dazu dienen, die Umstellung der Verwaltung und die Zusammenführung der Gemeinden zu finanzieren.

Das Märchen vom großen Geldsegen

Landespolitiker wurden vor den Zwangsfusionen nicht müde, die vielen finanziellen Vorteile von Gemeindezusammenlegungen anzupreisen. Dass sich diese Ankündigungen in Wahrheit als leere politische Phrasen herausgestellt haben, ist fünf Jahre nach der Fusion eine Tatsache.

Wie in unserer vorigen Aussendung angekündigt, nehmen wir jetzt Bezug auf die von ÖVP-Maier immer wieder angeführten Millionenbeträge, welche Neumarkt seit 2015 vom Land bekommen hat. Nachdem es sich bei vielen Geldtransaktionen zwischen Bund, Land und Gemeinden um ganz normale, überwiegend gesetzlich festgelegte Zahlungen handelt, sind die von Maier angegebenen Millionenbeträge in Bezug auf Bedarfszuweisungen reine Märchenzahlen.

Die Fakten:

7 Gemeinden alt bis 2015:

Bedarfszuweisungen für 7 Gemeinden bis ca. 1.300.000.- Euro pro Jahr

Dazu kamen noch diverse Gelder, welche nur Kleingemeinden bekommen, geschätzt ca. 70.000 Euro pro Jahr.

GESAMTSUMME BEDARFSZUWEISUNGEN ÜBER EINE GR-PERIODE 5 JAHRE

CA. 6,5 MILLIONEN EURO - ALTGEMEINDEN

Seit 2015 eine Großgemeinde neu:

GESAMTSUMME BEDARFSZUWEISUNGEN ÜBER EINE GR-PERIODE 5 JAHRE

CA. 4,1 MILLIONEN EURO - FUSIONSGEMEINDE

Diese Summen haben wir aus verschiedenen Datenquellen erhoben, wir gehen daher von einer hohen Genauigkeit aus. Es ist damit als gesichert anzunehmen, dass die neue Gemeinde gegenüber den Altgemeinden allein aus der Position Bedarfszuweisungen Millionenbeträge verloren hat!

Dass eine neue Gemeinde, welche aus ursprünglich sieben eigenständigen Gemeinden zusammengesetzt ist, aufgrund der Gemeindegröße in fünf Jahren entsprechend hohe Transferzahlungen erhalten muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Tatsache ist, die Einnahmen im Zusammenhang mit den Bedarfszuweisungen haben sich im Vergleich zu früher nicht erhöht. Und sich damit zu rühmen, bei seinem Parteifreund Schützenhöfer astronomische Summen für die Gemeinde ausverhandelt zu haben, ist einfach lächerlich.

Vieles, was uns damals die Landespolitiker und etliche Parteisoldaten an positiven Effekten versprochen und gepredigt haben, hat sich nicht bewahrheitet. Und diese Strategie führt man auch heute noch schamlos fort!

ZNN Seite 10

In einer Aussendung von ÖVP und SPÖ vor der Gemeinderatswahl 2015 wurde von den Vorteilen der Fusion berichtet. Im Ausschnitt wurden genau jene Berechnungen zitiert, auf die wir uns in diesem Bericht beziehen. Die gesamte, zweiseitige Aussendung finden sie auf unserer Facebookseite "Bürgerliste Neumarkt"

Fakten, die sie in ihrer Entscheidung unterstützen sollen:

Entgegen den Behauptungen der FPÖ, Neumarkt würde bei einer Fusion nur „draufzahlen“, ergeben sich in den ersten vier Jahren nach der Fusion Mehreinnahmen aus dem Fusionserlös:

1. Jahr	422.872,00 €
2. Jahr	302.872,00 €
3. Jahr	182.872,00 €
4. Jahr	62.872,00 €
5. Jahr	- 57.128,00 €

Erst ab dem fünften Jahr nach Fusion kämen die Fusionserlöse nicht mehr zum Tragen! (Quelle: Mag. Slama, Vortrag bei der BürgerInnenversammlung)
Ab diesem Zeitpunkt wäre dann Verhandlungsgeschick gefordert, bei der derzeitigen ablehnenden Haltung von Bgm. Racz darf man jedoch nicht auf allzuviel Wohlwollen hoffen!

Die umliegenden Gemeinden haben sich – mit Ausnahme von St. Marein und Dürnstein – grundsätzlich positiv zur Gemeindefusion geäußert. Nichtsdesto-

G E M E I N D E A U S S C H Ü S S E

Aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses im Jahr 2015 sind die Kosten für die Ausschüsse enorm gestiegen.

Drei Parteien haben sich zusammengeschlossen, um überhaupt eine Mehrheit im Gemeinderat zu erreichen. Trotzdem hat man nur ein Mandat mehr als die Opposition. Nachdem mit der damals stimmenstärksten Partei nicht über eine politische Zusammenarbeit geredet wurde, wird der Eindruck erweckt, dass hinter den Kulissen (vermutlich aufgrund der eindringlichen Empfehlung des Landes) an dieser Koalition „intensiv“ gebastelt wurde. Dabei wurde auf die hinkünftigen hohen Kosten der politischen Vertretung keine Rücksicht genommen. Den Preis dafür bezahlen seit fünf Jahren die Bürgerinnen und Bürger von Neumarkt. Wanderwege verwahrlosen, öffentliche Straßen verwandeln sich in schlaglöchrige Schotterpisten, Gemeindegebühren explodieren und neue Be-

triebsansiedlungen gab es nicht. Die Jahrhundertchance, ein großes Grundstück im Ortszentrum (Meranerweg) anzukaufen, wurde auch aufgrund des angeblichen Geldmangels nicht ergriffen. Auch gängige Serviceleistungen für die Bürger wurden eingestellt. Einer der ersten Gemeinderatsbeschlüsse der Dreierkoalition war die ungeheuerliche Erhöhung der „Entschädigungen“ für ausgesuchte Ausschussobleute. Jährlich kassieren sie **11.000 (in Worten „elftausend“) Euro** für die Funktion der Obmannschaft. Und eine bereits legendäre Aussage der ÖVP zu dieser unverschämten „Preissteigerung“ war: **„Was nix kost, is nix wert!“**

Auf der Homepage der Marktgemeinde Neumarkt "www.-neumarktsteiermark.gv.at" kann man in der Rubrik "Poli-

tik" die Liste der Ausschüsse und deren Mitglieder herunterladen.

Es gibt auch die Möglichkeit dieses Dokument auf unserer Facebookseite „Bürgerliste Neumarkt“ einzusehen.

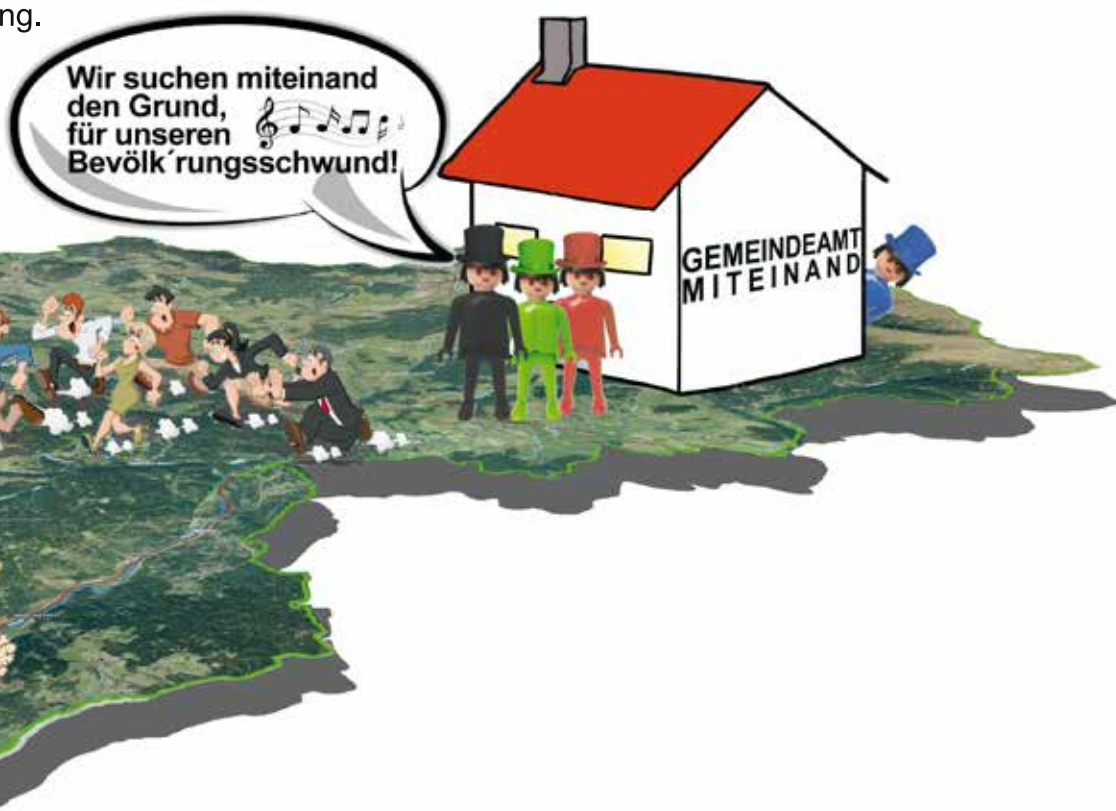
Laut unseren Recherchen hat der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft und ländl. Wegenetz zum Beispiel durchschnittlich 2 Sitzungen im Jahr abgehalten, ein Bauausschuss ca. 4 Sitzungen. Bei 2 Sitzungen im Jahr, die durchschnittlich zwei Stunden dauern, bekommt der Obmann sage und schreibe **5.500 Euro pro Sitzung! Also ein Stundenlohn von 2.750 Euro!** Respekt - So wird mit unseren hart erarbeiteten Steuergeldern umgegangen! Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse muss jeder Ausschuss 13 Mitglieder haben,

damit eine Mehrheit für die Koalition zustande kommt. Jedes Ausschussmitglied erhält zusätzlich eine Abgeltung für jede Sitzung. Aufgrund der hohen Mitgliederanzahl eine kostspielige Sache!

chen Fleiß an den Tag gelegt hätte und monatlich eine Sitzung abgehalten worden wäre, würde eine Obfrau bzw.

ein Obmann noch immer ca. 900 Euro pro Sitzung erhalten!

Sogar wenn man außerordentli-



Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass es auch zur Gemeinderatswahl wieder einen Vorwahltermin gibt. Sie können Ihre Stimme vorzeitig am Freitag, dem 13. März, von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr, im Gemeindeamt der Marktgemeinde Neumarkt in der Steiermark (Raiffeisensaal/DG/barrierefrei) abgeben.

Wenn Sie keinen der Wahltermine wahrnehmen können, ist es möglich, Briefwahlkarten zu beantragen.

Die Beantragung einer Wahlkarte für die Gemeinderatswahlen in der Steiermark am 22. März 2020 ist auf folgende Arten möglich:

- mittels Online-Antrag auf www.wahlkartenantrag.at Wahlkarten können vom 27. Jänner 2020 bis zum 18. März 2020 (24 Uhr) beantragt werden, der Versand erfolgt voraussichtlich ab 27. Februar 2020
- schriftlich (per formlosen schriftlichem Antrag im Postweg, E-Mail oder Fax) von Mittwoch, 18. März 2020 bis Freitag, 20. März 2020, 12.00 Uhr, wenn eine persönliche Übergabe der Wahlkarte an eine von der Antragstellerin/vom Antragsteller bevollmächtigte Person möglich ist.
- mündlich (persönlich – nicht telefonisch!) bis Freitag, 20. März 2020, 12.00 Uhr

BESUCHEN SIE UNSEREN INFO-STAND AM HAUPTPLATZ!

TERMIN: 7. MÄRZ 2020, VON 9 - 12 UHR

MITTEINAND

SCHAUT ANDERS AUS!

Die ÖVP-Aussendungen tragen immer den Titel „MITTEINAND“

Und so schaut das „MITTEINAND“ dieser Polittruppe in Wahrheit aus:

„MITTEINAND“ haben sie dafür gesorgt, dass die öffentlichen Abgaben seit der Zwangsfusion explodiert sind! Sie gehen davon aus, dass die Bürger in drei Wochen ohnedies alles vergessen haben!

„MITTEINAND“ haben sie dafür gesorgt, dass die "Assistenz der Gemeindeführung" als zusätzlicher Dienstposten mit Zusatzkosten von geschätzten 50.000 Euro jährlich geschaffen wurde! Obwohl der Bürgermeister als hauptberuflicher Spitzenverdiener, mit einem Monatsverdienst von ca. 8.000 Euro, genügend Zeit haben sollte, um seine Aufgaben ohne zusätzliche Assistenz erledigen zu können!

„MITTEINAND“ haben sie dafür gesorgt, dass keine Bürgerin und kein Bürger aus der Gemeinde diesen begehrten Dienstposten bekommen hat! Unverständlicherweise waren sie sich miteinander einig, dass in unserer Großgemeinde keine geeignete Persönlichkeit dafür zu finden war!

„MITTEINAND“ haben sie dafür gesorgt, dass alle Führungsstellen (wie z.B. der Amtsleiter oder der Geschäftsführer des E-Werks) nicht an Neumarkterinnen oder Neumarkter vergeben wurden! Keine dieser Personen ist in Neumarkt wohnhaft. Sie reisen zur Arbeit an und verlassen die Gemeinde nach der Dienstzeit wieder. Es gibt keinen persönlichen Bezug zum Leben unserer Gemeinschaft oder zur Bevölkerung! Gerade die Amtsleiter und Gemeindeführer waren früher, durch ihre Tätigkeit bei Vereinen und Einsatzorganisationen, wichtige Bindeglieder im öffentlichen Leben der Gemeindebevölkerung! Diese „Maier Personalpolitik“ ist der beste Beweis, dass dieser Koalitionstruppe alles andere am Herzen liegt als die Bedürfnisse der Neumarkter Bevölkerung! Somit braucht man sich über die Abwanderung unserer Jugend und nahezu täglich sinkende Einwohnerzahlen nicht wundern!

„MITTEINAND“ kosteten die Neumarkter Politiker der Bevölkerung in 5 Jahren ca. 1,7 Millionen Euro Steuergeld. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den per Gesetz vorgesehenen festen Vergütungen für Mandatsträger sowie den zusätzlichen Vergütungen aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses. Über Antrag von ÖVP Maier wurden 2015 in einer Gemeinderatssitzung zusätzliche hohe Vergütungen für Ausschüsse etc. beschlossen. Diese unnötigen Mehrkosten inklusive des hauptberuflichen Bürgermeistergehalts betragen rund 400.000 bis 500.000 Euro in 5 Jahren! Geld, das eigentlich der gesamten Bevölkerung zugutekommen sollte und nicht einzelnen Funktionsträgern!

„MITTEINAND“ werden sie daher alles tun, um diese politischen Pfründe zu erhalten. Jede auch noch so selbstverständliche Gemeindeleistung wird wie eine "Wohltat" an die Bevölkerung verkauft und unsere Bürgerbewegung mit allen Mitteln bekämpft! Es wird schon jetzt versucht, einzelne Kandidaten unserer Liste (z.B. durch Androhung des Entzugs von Aufträgen) unter Druck zu setzen!

MITTEINAND

SCHAUT ANDERS AUS!